

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 9

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

In der Schweiz ist eine Initiative gegen die Wehrpflicht angelaufen. Zur Unterzeichnung eines diesbezüglichen Volksbegehrens rufen in einer Denkschrift zwei Gruppierungen in Zürich auf, die «neue autonome Arbeitsgruppe Armee» sowie das «Bureau de recherches militaires, Werkgruppe 3».

✱

Die «Volksinitiative zur Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht und zum Verbot der schweizerischen Waffenproduktion» fordert die Freiwilligkeit von Wehrschutz- und Zivildienst, die dem Vereinsrecht zu unterstellen seien. Den Kantonen wird es freigestellt, solchen Vereinen Militärschutzreservate zur Verfügung zu stellen. Viel Platz würden sie ohnehin nicht benötigen, da Produktion und Einfuhr von jeglichem Waffenmaterial verboten wäre. Immerhin gestattet der Initiativtext die Verwendung von Manipuliermaterial solange Vorrat. Die «National-Zeitung» nennt diese Forderungen

gen «den wohl respektlosesten Anschlag der vergangenen Jahre auf das Tabu Nummer 1 unseres Landes, die Armee». Immerhin darf das Tabu bei uns mittels einer Volksinitiative mit der gesetzlichen Möglichkeit ihrer Annahme in Frage gestellt werden. Was zum Beispiel in den Staaten des sogenannten Friedenslagers nicht möglich ist, wo auch nur das leiseste Infragestellen des offiziellen und vom Kindergarten an obligatorisch gepflegten Militarismus mit den härtesten Strafen und mit totaler gesellschaftlicher Aechtung (z. B. Einlieferung ins Irrenhaus) geahndet wird. Woraus man ersieht, dass das, was für die Schweiz als Tabu Nummer 1 aufgeführt wird, immer noch unendlich weniger tabu ist als das entsprechende Tabu (Nummer wieviel?) der kommunistischen Länder. Gegen die man doch endlich aufhören soll, durch Aufrechterhaltung einer Armee kalten Krieg zu führen.

✱

Die Initianten stellen nicht nur ein Begehren, sondern begründen es auch. Ihre Argumentation ist, wie ich ihrer Aufzählung in der «NZ»

entnehme, weit gespannt. Sie reicht von der Bibel bis zu einem Zitat von John F. Kennedy: «Krieg wird es geben, bis zu jenem fernen Tag, wo der Kriegsdienstverweigerer das gleiche Ansehen und Prestige besitzt wie der Krieger heute.» Kennedy wird übrigens in meiner Quelle bei der Gelegenheit als «West-Welt-Held» vorgestellt. Völlig zu Recht übrigens. Vom Ost-Welt-Helden Breschnew ist eine entsprechende Äußerung sicher nicht zu haben. Aber weil die Initiative in ihren weiteren Begründungen sehr resolut die Ansicht vertritt, dass die Armee dazu missbraucht wird, West-Ideale zu verteidigen, hapert es da irgendwo mit der Logik.

✱

Die Begründungen enthalten noch andere schöne Sachen. Zum Beispiel diese:

«Historische Analysen zeigen, dass nicht die Schweizer Armee der Hauptfaktor war, der uns vor dem Einmarsch der faschistischen Horden bewahrte. Vielmehr war es die ökonomische und politische Anpassungspolitik der Schweiz, die den Ausschlag gab.»

Unsere Meinung

Der frühere stalinistische Diktator Ungarns kehrt aus seinem sowjetischen Exil nach Ungarn zurück

Für die zehn Millionen Menschen einer Nation Inbegriff des Terrors und der Gewaltherrschaft, das Symbol der schlimmsten Zeiten; für die elf Mitglieder des Politbüros der KPdSU ein treuer Vasall und Stellvertreter: Das ist Rakosi, der sich seinerzeit als den «besten Schüler Stalins» glori-fizierte und nun aus Kasachstan nach Budapest zurückgeschickt wird. Erst vor zwanzig Monaten hatte er sich auf der staubigen Landstrasse von Tukmak beklagt, dass er die ungarischen Jonathan-Aepfel vermisste, und ein ungarischer Journalist schlug prompt vor: «Schicken wir ihm eine Kiste davon, denn sonst wird er noch heimkommen, um sich welche zu holen.» So galt im Ungarn von Kadar noch vor zwei Jahren eine Rückkehr von Rakosi als Witz.

Es geht heute nicht darum, dass dieses kleine Land nicht einen 78 Jahre alten Mann mehr beherbergen und ernähren könnte, der 1945 mit der Roten Armee aus Moskau eintraf und 1956 Ungarn in der gleichen Richtung verlassen musste. Die schwerste Beleidigung, die der Kreml dem ungarischen Volk im Lenin-Jubiläumjahr und im 25. Jahr der Befreiung zufügen will, besteht darin, dass ein Mann, der ein Jahrzehnt hindurch den Massenmord an Nichtkommunisten wie Kommunisten dirigierte, der höchstpersönlich Anweisungen gab, Menschen zu Krüppeln zu foltern und zu Tode zu schlagen, sich nun wieder in Budapest zeigen soll. Seine Ankunft, die bisher nur Parteimitgliedern bekanntgegeben wurde, bringt Verbitterung und erinnert einmal mehr an die Rakosi-Zeiten, an das Mittelalter ohne Mystik, das in diesem Lande tobte.

Es gab in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Ungarn nur zu wenig Gemeinsamkeiten zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten. Aber sie waren einig, als sie sich im Sommer 1956 gegen Rakosi erhoben. Der «kühne Mörder», wie man ihn in Budapest nannte, weigerte sich, seinen Platz zu räumen. Mikojan und Suslow

zwangen ihn, persönlich nach Moskau zu fahren. Die Zeiten haben sich anscheinend gründlich geändert. Wenn Stalin nun für die UdSSR gut ist, warum sollte Rakosi für Ungarn nicht recht sein? Der Zauberlehrling Stalins ist zwar alt und kommt nicht mehr an die Macht, aber er ist nicht so harmlos, wie sich das manche denken. Rakosi zog fast die ganze Funktionärelite seiner Partei auf, die heute das Land führt. Allein die Anwesenheit und der Blick des Berufsrevolutionärs genügen, manche Leute an ihre «internationalen» Pflichten zu erinnern. Es ist doch ein offenes Geheimnis, dass in Ungarn der Kampf zwischen Rakosi-Anhängern und Kadar-Anhängern in der höchsten Parteiführung niemals begraben wurde. Und die vielen «starken Männer» im ungarischen Politbüro, die nicht mit Rakosi zusammen ausgebootet wurden, können einander nun bei Rakosi Stelldichein geben. Was Rakosi vom Kadar-Regime hält, hat er auch nie verheimlicht, sondern aus Kasachstan über die gelegentlichen Besucher stets bekundet. Das sei eine «Renaissance der Sozialdemokratie», pflegte er zu sagen. Abgesehen davon, was die Anwesenheit des ehemaligen Peinigers an Sorgen bereitet, erinnert sie alle Bewohner des Landes an die furchtbare Kälte, die mit Rakosi wieder nach Ungarn einziehen kann. Rakosi ist in erster Linie nicht als Person gefährlich, sondern als Symptom der sowjetisch gewünschten Restalinisierung.

M. C.

Titos staatspolitische Militärparade

Y. Erstmals seit 1965 wird die jugoslawische Armee am 9. Mai zum Jahrestag des Kriegsendes aufmarschieren. Sie bekundet damit, dass sie gewillt und in der Lage ist, den Frieden dieses Landes, so wie sie ihn versteht, zu verteidigen.

Die Schau soll zum Teil mit neuen Uniformen (vermehrt westlichen Zuschnitts) sowie mit jugoslawisch erzeugten leichteren Waffen erfolgen, die dem patriotischen Verteidigungskrieg

nach Titos Partisanenmuster entsprechen. Mittelschwere und schwere Panzer sind ebenso wie Flugzeuge zwar russischer Herkunft, aber das hat keine Entsprechung in der Mentalität.

Die heranwachsende, unter die blau-weiss-roten Fahnen gerufene Jugend hat ihr Feindbild im Laufe der Jahre geändert. Nicht mehr die «imperialistischen Amerikaner», die «Bonner Revanchisten» oder irgendwelche «kapitalistischen Ausbeuter» gelten in ihren Augen als Feinde Jugoslawiens, sondern jene Kräfte, die das Land unter dem Vorwand der Breschnew-Doktrin entmündigen und ihm den Besitz Mazedoniens streitig machen wollen.

Die echten Freunde Jugoslawiens kennt die Jugend genau. Sie kommen aus den westlichen Staaten scharenweise ins Land (1969 waren es über 20 Millionen). Mit ihnen zu sprechen steht der jugoslawischen Jugend ebenso frei wie sie in ihren jeweiligen Heimatländern zu besuchen. Die falschen «Freunde» dagegen kommen entweder überhaupt nicht oder dann nur spärlich; mit ihnen spricht es sich schwer.

Wenn Stalin 1948 aus sowjetischer Sicht den Fehler beging, Belgrad nicht militärisch zu unterwerfen und so politisch zu erobern, ein Irrtum, den Breschnew in Prag 1968 nicht wiederholen wollte, so möchte sich Moskau dafür die nächste Gelegenheit nicht entgehen lassen. Des Kremls Wührarbeit ist aus diesem Grund auf die Unterwanderung der Streit- und Sicherheitskräfte Jugoslawiens gerichtet, was Belgrad auch durch Hinweise auf gewisse «feindliche Elemente» bescheinigt, die man auch ohne präzisere Angaben leicht als «Kominformisten», das heisst als sowjetisch geführte Agenten einstufen kann. Aus diesen Kreml-gespeisten Quellen wurden unter anderem jene irreführenden Meldungen fabriziert, die auch ihren Zugang zu den mächtigsten westlichen Presseorganen, wie zum «Spiegel» und zur Hamburger «Welt», fanden. (Siehe ZB Nr. 7, S. 12, zum Fall des «Spiegel»-Korrespondenten Rullmann.)

Disziplin und Verteidigungsmoral der jugoslawischen Jugend — und das bedeutet heute die Armee — sind von entscheidender politischer Bedeutung für Europa. ■